

Trügerische Idylle heimischer Gewässer

Balance zwischen Tourismus, Standort, Umwelt gesucht

Wien – Urlaub in Österreich ist angesichts der unsicheren Reisebedingungen angesagt, und neben den Bergen dürften die heimischen Seen ihre Anziehungskraft ausspielen. Doch der Besucherandrang samt Blechlawine kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Regionen rund um die beliebten österreichischen Gewässer teilweise recht einseitig auf die Badegäste ausgerichtet sind. Wie es um Infrastruktur, Standort oder Nachhaltigkeit steht, dieser Frage ist der Berater Stefan Höffinger nun nachgegangen.

Die in einem Zehn-Kilometer-Radius erfassten Gebiete hätten durch die Bank Luft nach oben und könnten voneinander lernen, wenn es um Tourismus, Betriebsansiedlung oder Mobilität gehe, meint Höffinger. Er verweist beispielsweise auf die vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit rund um die Kärntner Seen, während im Salzkammergut der Jobmarkt gute Werte aufweist. Das liegt daran, dass beispielsweise rund um den Attersee mehr als fünfmal so viele Personen in der Produktion einen Arbeitsplatz haben wie im saisonal schwankenden Tourismus. Am Weissensee ist das Verhältnis ungefähr eins zu eins. Das Wörthersee-Umfeld landet beim Anteil der in der Warenherstellung tätigen Personen mit neun Prozent sogar an letzter Stelle.

Das ist von Bedeutung, weil von hoher Beschäftigung nicht nur die Bevölkerung profitiert, sondern auch die jeweilige Gemeinde, die sich zu einem erheblichen Teil aus der lohnabhängigen Kommunalsteuer finanziert. Pro Kopf fließt aus dieser Abgabe im Attersee-nahen Lenzing ungefähr das Vierfache von Spittal an der Drau an die Kommune. Auch die Bevölkerungsentwicklung gibt hier Aufschluss: Während die Regionen um Mond- und Bodensee am stärksten wachsen, schrumpfen jene um Millstätter und Weissensee.

Laut Höffinger spielt für die Attraktivität auch die Infrastruktur eine Rolle, bei der es an übergreifender Planung mangle. Insgesamt sollten sich die Seengebiete stärker bemühen, eine Balance zwischen Besuchern, Bewohnern und Beschäftigten zu schaffen. Durch eine integrierte Sichtweise von Standort-, Immobilien-, Tourismus-, Umwelt- und Infrastrukturmanagement könnten Stagnation und Verkrustung der Regionen verhindert werden. (as)

Schutzhülle mit Ablaufdatum



Wiewohl nicht mehr in Österreich angesiedelt, kann sich die Regierung mit dem Verkauf der Gummihandschuh-Produktion von Semperit nicht recht anfreunden.

Foto: dpa / Robert Michael

Der geplante Schutz vor einem Corona-Ausverkauf für Österreichs Unternehmen zeigt, dass die Regierung diesen sehr differenziert anlegt.

Luise Ungerboeck

Corona hat zu einer Rückbesinnung auf die Versorgungssicherheit geführt. Seit Schutzmasken aus China eingeflogen werden müssen und die Unterbrechung von Lieferketten auch viele andere Produktionen gefährdet, werden die Rufe nach mehr Autarkie Europas immer lauter. In Österreich ist das nicht anders, und es gibt gerade im heiklen medizinischen Bereich aktuelle Beispiele, die die Abhängigkeit sogar noch vergrößern könnten.

So wurde erst diese Woche bekannt, dass der in Wien ansässige Impfstoffspezialist Themis vom US-Pharmariesen Merck geschluckt wird. Die Österreicher forschen unter anderem an einem Impfstoff gegen Covid-19. Hohe Wellen schlägt auch das drohende Aus der Penicillin-Produktion im Tiroler Kundl. Eigentümer Novartis überlegt, den Wirkstoff trotz der internationalen Engpässe aus China zuzukaufen.

Hinter den Kulissen gibt es zudem ein Tauziehen um den geplanten Verkauf der Medizinsparte von Semperit. Der österreichische Konzern will die in Asien angesiedelte Produktion von Gummihandschuhen wegen des massiven Margendruckes abgeben, was die Regierung zwar bei der Ankündigung im Jänner quasi achselzuckend zur Kenntnis nahm (die Handschuhe

werden seit Jahren nicht mehr im niederösterreichischen Wimpasing erzeugt, sondern in Südostasien), inmitten der Corona-Krise aber plötzlich gar nicht freut. Allerdings könnte Semperits Wirtschaftlichkeit deutlich beeinträchtigt werden, wenn die Politik die Abgabe des längst ausgelagerten Bereichs verhindern würde.

Noch liegen die Details der Schutzklauseln für österreichische Unternehmen nicht vor. Der am Donnerstag verteilte Ministeratsvortrag weist aber den Weg: Besonderen Schutz sollen jetzt nicht jede Art von kritischer Infrastruktur, sondern eigens definierte „maximalkritische Sektoren“. Zu ihnen gehören Verteidigungsgüter und -technologien, kritische Energie- und Digitalinfrastruktur (insbesondere 5G-Mobilfunk), Wasser sowie Forschung und Entwicklung für Arzneimittel, Impfstoffe, Medizinprodukte und persönliche Schutzausrüstung. Für diese Sparten soll der Schwellenwert für Einstieg oder Übernahme durch Investoren aus Drittstaaten (USA, China, Asien, Russland, etc) von 25 auf zehn Prozent gesenkt werden. Dies nach dem Willen von Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck freilich nicht ad infinitum, sondern bis längstens Ende Dezember 2022. Danach würde man wieder auf die

im Außenwirtschaftsgesetz festgelegte Prüfschwelle zurückfallen.

Bleibt dies so – der Gesetzwerdungsprozess für das Investitionskontrollgesetz steht erst am Anfang –, würde Österreich deutlich hinter den Vorgaben der FDI-Screening-Verordnung der EU-Kommission bleiben und vor allem deutlich hinter dem Nachbarland Deutschland. Die deutsche Liste an Branchen, die unter besonderer Beobachtung stehen, ist um einiges umfangreicher und länger.

„Natürlich wollen wir weiter Investoren“, betonte Schramböck am Donnerstag in einer Pressekonferenz. „Es geht nicht um ein Abschotten der Volkswirtschaft“, aber in Zukunft habe sie die Möglichkeit, Auflagen zu erteilen. Die Gefahr, dass das geplante Investitionskontrollgesetz wichtige Risikokapitalgeber abschreckt, sieht die Ministerin nicht. Investitionskontrollen gebe es auch den USA, China und künftig auch in der Europäischen Union. Österreich setze mit dem Gesetz eine EU-Verordnung um. In Kraft treten soll das Gesetz spätestens im Herbst.

Österreich dürfe nicht „naiv“ sein. Investoren seien in der Krise auf „Shoppingtour“ und wollten „Schnäppchen zum Billigpreis“ machen, warnte Schramböck.

Huber Holding schlittert in die Insolvenz

Textilbetrieb wegen Corona in Schieflage geraten

Götzis – Der Vorarlberger Wäschehersteller Huber Holding AG ist insolvent. Man habe am Donnerstag für vier der Gesellschaften einen Antrag auf Einleitung eines Sanierungsverfahrens in Eigenverantwortung am Landesgericht Feldkirch eingereicht, informierte das Unternehmen am Donnerstag nachmittag in einer Aussendung. Es handelt sich um die Huber Holding AG, die Arula GmbH, die Huber Shop GmbH und die Huber Tricot GmbH. Der Betrieb in allen Gesellschaften der Gruppe laufe unverändert weiter.

Eine Überbrückung der durch die Corona-Krise verursachten Umsatz- und Liquiditätslücken sei bedauerlicherweise trotz aller Bemühungen bisher nicht möglich gewesen, teilte Huber weiter mit. Angeblich fehlen 60 Millionen Euro. Der Konzern spricht von einer „äußerst positiven Geschäftsentwicklung nach Wiedereröffnung des Handels“.

Laut Gewerkschafter Bernhard Heinzle sollen 120 Mitarbeiter abgebaut werden, alle in Vorarlberg. Dass weitere, die in den Huber-Shops arbeiten, dazu kämen, sei nicht ausgeschlossen. Es gebe Gespräche über ein weiteres Vorgehen. Für die Betroffenen plane man eine Arbeitsstiftung und sei diesbezüglich bereits in Gesprächen mit dem Land Vorarlberg und dem AMS. Die abgebauten Stellen betreffen sowohl den Handel als auch die Produktion und die Verwaltung.

Nach Angaben des Unternehmens, das im vergangenen Jahr einen Umsatz von 141 Mio. Euro erwirtschaftete, arbeiten rund 900 Mitarbeiter für die Gruppe, rund die Hälfte davon in Vorarlberg. Der einstige Familienbetrieb, zu dem u. a. Hanro und Skiny zählen, wird vom chinesisch-singapurischen Unternehmer Robert Ng kontrolliert. (red)

KURZ GEMELDET

Italien: 385.000 Jobs im Lockdown verloren

Rom – Der fast zweimonatige Corona-Lockdown hat in Italien circa 385.000 Jobs gekostet. Dies entspricht einem Rückgang von 2,2 Prozent bei der Beschäftigungsrate, schätzt das Statistikamt Istat. (APA)

Verdacht auf massiven Datendiebstahl

Wien – Die ORF-Tochter Gebühren-Info-Service (GIS) dürfte Opfer von Datenklau geworden sein. 8,9 Millionen Datensätze vermuten die Neos – belegt mit einem Screenshot – in den Händen von Cyberkriminellen. Fünf Millionen der Datensätze würden auch Adressen beinhalten. Die GIS bezieht ihre Informationen unter anderem aus dem Zentralen Melderegister. GIS-Geschäftsführer Harald Kräuter räumt ein, dass die Systeme zur Überprüfung zur Verfügung stünden, zu Versäumnissen sei es aber nicht gekommen. (muz)

GANZ KURZ

+++ Nissan Der japanische Autohersteller Nissan schrumpft. Die Produktion soll in vier Jahren um 20 Prozent reduziert werden, Tausende Jobs wackeln. +++ Stimmung Die Wirtschaftskammer sieht die Stimmung in der Wirtschaft besser als gedacht. Laut Wifo ist sie immer noch im Keller – die Erwartungen hellen aber auf.

SUDOKU

Nr. 4622a normal (sehr schwierig)

6			9					
	7	8						
2	5		6		1			
				9				7
	4	6	2	1	7	5	3	
4				8				
			8		9		7	3
						8	9	
					5			4

Nr. 4622b Squiggly (schwierig)

								3
					7			4 1
			5		1	7	2	
4		8	1					7
				8		6		
	6				4	1		8
	9	1	2		3			
3	8			9				
6								

dst.at/Sudoku

Auflösung Sudoku Nr. 4621a

3	7	6	1	5	9	8	4	2
1	2	8	6	4	7	5	3	9
9	5	4	3	2	8	1	6	7
5	8	7	2	9	3	4	1	6
2	4	3	7	1	6	9	5	8
6	9	1	5	8	4	2	7	3
8	6	2	4	3	1	7	9	5
7	1	9	8	6	5	3	2	4
4	3	5	9	7	2	6	8	1

Auflösung Sudoku Nr. 4621b

2	5	4	1	7	6	9	3	8
8	1	9	3	2	7	6	5	4
6	7	8	9	3	4	5	1	2
4	3	5	6	8	2	1	9	7
9	8	1	2	4	5	7	6	3
5	9	7	4	1	3	8	2	6
3	2	6	5	9	8	4	7	1
7	6	2	8	5	1	3	4	9
1	4	3	7	6	9	2	8	5

Spielregeln: Das Rastergitter ist so auszufüllen, dass die Zahlen von 1 bis 9 nur je einmal in jeder Reihe, in jeder Spalte und in jedem umrahmten Kästchen (bzw. in jeder Diagonale beim X-Sudoku) vorkommen. Die Auflösung erscheint im nächsten STANDARD und im Internet auf derStandard.at, wo sich das aktuelle Zahlenrätsel auch in einer Onlineversion findet. © Puzzle by websudoku.com